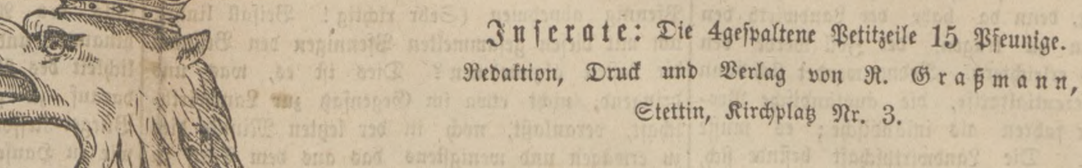
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 24. Mai 1879. Nr. 238.

Deutscher Reichstag.

51. Plenar-Sitzung vom 23. Mai.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann, kaiserliche Geh. Regierungs-Räthe Burchard, Tiedemann, königlich sächsischer Geh. Regierungsrath Böttcher, königlich baierischer Ministerialrath Dr. Mayr und Andere.

Der Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Nach einer soeben eingegangenen telegraphischen Depesche ist der Abg. Reinders (Sozialdemokrat) in Breslau verstorben. Der Präsident nimmt an, daß das Haus das Andenken des Verstorbenen in gewohnter Weise ehren werde. Die Mitglieder des Hauses erheben sich.

Weiter theilt der Präsident mit, daß ihm vor einigen Stunden ein Telegramm des Herrn Freiherrn von Stauffenberg zugegangen ist, in welchem derselbe sein Amt als erster Vicepräsident des Hauses niederlegt, da andauernde Krankheit es ihm unmöglich macht, den Tag seines Wiedererscheinens im Reichstage zu bestimmen.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Berathung über den Zolltarif in specie über die Getreidezölle.

Abg. v. Czarlinski erklärt sich gegen jeden Getreidezoll. Er und seine polnischen Landsleute würden niemals da fehlen, wo es gilt, eine Verbesserung der Landwirthschaft anzustreben, denn die Polen seien mehr wie jeder andere an die Scholle gebunden. Aber von dem Getreidezoll sei eine solche Besserung nicht zu erwarten. Der Getreidezins regele sich nach Angebot und Nachfrage, und wenn der Zoll auch vorübergehend eine Preissteigerung herbeiführt, die verminderte Konsumtion diesen Preis doch bald wieder herabdrückt. Die Meinung, daß der Zoll auf die Produzenten abgewälzt werde, theile er nicht; werde der Bedarf an Getreide im Inlande nicht gedeckt, dann bleibe dem Konsumenten nichts Anderes übrig, als vom Auslande zu kaufen. Reiche die eigene Ernte aus, dann werde überhaupt kein Getreide eingeführt und der Zoll sei nutzlos. Die Landwirthschaft befürchtet mit Recht, bei diesem Tarif aus dem Regen unter die Traufe zu kommen. Eine Verbesserung ihrer Lage sei von diesem Zoll nicht zu erwarten, dagegen werde die Landwirthschaft durch die Eisenzölle schwer geschädigt.

Abg. Schröder-Lippstadt: Eine merkwürdige Erscheinung hat die Debatte über den Zolltarif zu Stande gebracht. Diese merkwürdige Erscheinung finde ich darin, daß diejenigen Herren auf der linken Seite des Hauses, welche sich die nationale nannte, und die die Rolle auch gespielt hat, zu den Gegnern des vorliegenden Zolltarifs zählen. Wir haben von diesen Herren gehört von einer nationalen Münze, von einer nationalen Wissenschaft, ja sogar von einer nationalen Kirche, aber von einer nationalen Wirthschaftsreform wollen sie nichts wissen. Eine andere eigenthümliche Erscheinung liegt darin, daß selbst Anhänger der Wirthschaftsreform bei den Getreidezöllen stutzten. In keiner Industrie sind mehr Menschen beschäftigt, als in der Landwirthschaft. Eine Industrie kann durch eine andere ersetzt werden, die bei der ersteren beschäftigt gewesenen Personen können bei der anderen Arbeit finden. Was die Produktionsfähigkeit anlangt, so hat Deutschland in diesem Jahre eine durchaus hinlängliche Ernte gehabt, trotzdem sind in diesem Jahre kolossale Quantitäten von Getreide aus Rußland importirt worden. Der Bauer ist heute nicht mehr im Stande, sein Getreide preiswerth zu verkaufen. Wie soll bei dieser Situation der Gutsbesitzer dazu kommen, noch mehr Land zu kultiviren, wenn er sein Getreide schon jetzt nicht mehr los werden kann? Wenn man die Reden, die auf dem Städtetag gehalten wurden, liest, so muß man sagen: Da hört doch Alles auf! (Heiterkeit.) An Phraseologie ist noch nie mehr geleistet, als auf diesem Städtetage. Bei den Debatten über die Viehzölle sprach ein Redner von freiem Denken, von gleichem Licht, gleichem Schatten. Als ob der Viehzoll Jemand hindert, frei zu denken. (Heiterkeit.) Wir haben noch viel Terrain, das zu Ackerland umgewandelt werden kann. Redner erklärt sich schließlich für den erhöhten Getreidezoll, aber gegen alle sonstigen Amendements, namentlich soweit dieselben sich auf den Transitverkehr beziehen, denn diese Frage könne auf dem Verordnungswege gelöst werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Flügge (deutsch-konservativ) bekennt sich zu der Auffassung, wie sie in der Generaldiskussion der Freiherr von Maltzahn-Gültz ausgesprochen, daß nämlich das politische Interesse, welches zur Bildung der Fraktionen Anlaß gegeben habe, noch nicht durch das wirthschaftliche Interesse gänzlich resorbirt sei und auch nicht völlig resorbirt werden dürfe. Trotz dieser Verwirrung und Vermischung aller Parteistandpunkte, trotz des lapidarischen Diktums des Herrn Abg. Stumm: Wenn es Einem gut geht, geht es Allen gut! glaube ich doch, das Aschenbrödel bei der ganzen jetzigen Bewegung wird die Landwirthschaft sein. (Sehr richtig! links). Ich nehme es an Interesse für die Landwirthschaft mit Herrn Schröder (Lippstadt), mit Herrn von Ludwig, ja sogar mit dem Herrn Reichskanzler auf! (Große Heiterkeit). Ich bin auch dem letzteren äußerst dankbar für die guten Hoffnungen, die er für die Landwirthschaft hegt; aber ich komme trotz aller Mühe nicht um den Stein des Anstoßes herum, der mir störend in den Weg tritt, das ist die Vertheuerung der Lebensmittel. (Sehr richtig! links). Alle meine Informationen aus Büchern, Zeitungsstimmen und aus den Kreisen der Interessenten bestätigen meine Auffassung, daß eine Steigerung der Produktionskosten nicht blos, sondern auch eine Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel eintritt. Die neulich vom Regierungskommissar Herrn Tiedemann angeführten zahlreichen Subhastationen sollten erweisen, daß die Landwirthschaft im Rückgange sei und daß ihr durch Getreidezölle wieder aufgeholfen werden müsse. Mir drängte sich ein ganz anderer Kausalnexus bei dieser Mittheilung auf; ich habe die Ueberzeugung, daß die hier vorgeschlagenen Zölle die betreffenden Landwirthe auch nicht einen Termin länger über Wasser gehalten hätten. (Zustimmung und Widerspruch). Der Herr Kommissar hat dann auch Deutschland den Tummelplatz der ausländischen Industrie genannt. Was heißt das? Ist es denn nicht ein Glück für ein Land, der Vermittler des Austausches der fremden Erzeugnisse zu sein? Stets müssen bei solchem Verhältniß Vortheile im Lande zurückbleiben. Man klagt über die Ueberschwemmung mit ausländischem Getreide; aber durch die Mischung mit unserem Getreide erzielen wir von den Händlern für unser Getreide weit höhere Preise als die letzteren geben würden, wenn sie es zur Mischung nicht nöthig hätten. Die Herren, welche die Getreidezölle votiren werden, wollen wohl das Gute, werden aber lediglich das Böse schaffen! (Große Heiterkeit.) Herr v. Wedell hat Sie neulich gewarnt, Sie möchten die Eisenzölle nicht annehmen in der Hoffnung, daß sie doch bald wieder abgeschafft werden; ich möchte Sie umgekehrt warnen: Nehmen Sie die Getreidezölle nicht an in der Hoffnung, daß sie bleiben! Denn daß sie nicht bleiben können, lehrt die Geschichte unseres Landes auf jeder Seite. (Zustimmung links.) Der Herr Reichskanzler ist ja ein sehr erfahrener Mann, und ich werde mich wohl hüten, mich mit ihm messen zu wollen, er sagt, die Russen werden unsern Getreidezoll bezahlen. Ich will mich nicht darüber mit ihm streiten, aber glauben kann ich es ihm nicht. (Große Heiterkeit.) Ich muß mich nur wundern, daß der Reichskanzler nicht schon längst die Gelegenheit benutzt hat, alle unsere Zölle und Steuern vom Auslande bezahlen zu lassen. (Erneute Heiterkeit.) Wenn es sich nur darum handelt, die Steuern leicht einzuziehen und möglichst wenig Druck zu verursachen, dann dürften ja die indirekten den direkten vorzuziehen sein, aber dann muß man sie auf sogenannte Gewohnheitsdinge legen, wie Tabak und dergleichen, nicht auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse. Mir werden Sie keine agitatorische Art vorwerfen können, aber ich möchte doch mit dem Worte eines bedeutenden Nationalökonomen schließen, dessen Namen ich augenblicklich nicht weiß. (Heiterkeit.) Der sagt: „Die nothwendigen Nahrungsmittel sind das Wegekraut des Armen, und das Wegekraut soll man stehen lassen!" (Beifall.)

Bundeskommissar kaiserl. Geh. Regierungsrath Tiedemann: M. H.! Die Motive sowohl wie auch die neulich von mir vorgebrachten Ausführungen sind so häufig erwähnt worden, haben Angriffe erfahren von so verschiedenen Seiten, daß ich mir nicht versagen kann, auf einzelne Einwendungen zu entgegnen. Ich gebe Herrn Delbrück, der ja in allen wirthschaftlichen Fragen im deutschen Reiche große Autorität genießt, den Vortritt. Herr Delbrück zitirte in seiner letzten Rede das Bild, welches ich gebraucht hatte, von der Stadt, umgeben von zehn Rittergütern. Zu meiner großen Freude nannte er es zutreffend, wenn nur nicht die Möglichkeit vorhanden wäre, daß der zehnte Gutsbesitzer, der das Chausseegeld bezahlen soll, sich mit seinem Getreide zur nächsten Stadt begebe, wo er das Chausseegeld nicht zu bezahlen habe. Wir sind die Abnehmer des russischen Korns; wohin sollte Rußland mit seinem Roggen gehen, wenn wir ihn nicht kaufen? Die einzigen außer uns Roggen verzehrenden Länder sind Schweden, Norwegen, Dänemark und theilweise die Niederlande. Schweden und Dänemark bauen soviel Roggen wie sie gebrauchen, Norwegen und wahrscheinlich auch die Niederlande nicht hinreichend. Aber würden diese kleinen beschränkten Märkte in der Lage sein, alles russische Korn aufzunehmen? Der gesammte russische Roggenexport betrug 1872 2,700,000 Tschetwert, ungefähr acht Millionen Centner. Davon kamen nach Deutschland 4,600,000 Centner. 1873 wurden exportirt 7,300,000 Tschetwert = 22,000,000 Centner, wovon nach Deutschland 9,800,000 Ctr., 1874 9,700,000 Tschetwert = 30,000,000 Ctr., davon nach Deutschland 13,600,000 Ctr. Hieraus ergiebt sich, daß fast die Hälfte des gesammten russischen Roggenexports nach Deutschland geht. Das russische Eisenbahnnetz hat sich in den letzten 25 Jahren von 467 Werst auf 19,200 Werst vermehrt. England importirt aus Rußland jährlich nur 52,000 Centner Roggen, kommt also absolut nicht in Betracht. Ich wende mich nun zu den Herren von Saucken und Flügge, welche beide meine Ausführungen sowohl, als die Motive als widerspruchsvoll bezeichnen. Herr von Saucken sagt, wenn der Importeur den Zoll trägt, dann wird der Preis des Getreides nicht steigen und die Landwirthschaft wird keinen Nutzen haben. Das ist nicht richtig; der Vortheil für die Landwirthschaft wird darin bestehen, daß die russische Spekulation durch die geringen Zollbeträge, die an der Grenze erhoben werden sollten, in etwas eingeschränkt wird. Bei dem eigenthümlichen System der Refaktion, wie es in Rußland herrscht, ist es vortheilhaft, das Getreide in ganz gewaltigen Massen auf die Eisenbahnen zu geben, in Massen von 5000 Wispeln etwa, wie auch schon der Herr Reichskanzler ausführte. Diese Massen fahren auf den russischen Bahnen ungemein billig; soll aber an der Grenze nun ein Betrag von ca. 50,000 Mark Zoll erlegt werden, dann wird die Spekulation sich doch etwas bedenken und nicht mehr auf gut Glück diese 5000 Wispel auf den deutschen Markt werfen. Herr Flügge erklärt die ausländische Konkurrenz für wunderschön, aber für wen? Für den Handel gewiß, aber Herr Flügge ist der erste Landwirth, aus dessen Munde ich höre, daß sie auch für die Landwirthschaft gut wäre. Ich muß also auch dieses Argument als unbegründet zurückweisen.

Abg. Grad tritt für die Interessen der Reichslande ein, die unbedingt die Annahme der Getreidezölle fordern. In gleichem Sinne habe sich in Straßburg bereits der Landesausschuß für den Schutz der nationalen Arbeit ausgesprochen. Im Uebrigen bedauert der Redner, daß es seinen Landsleuten nicht gelungen sei, in der Tarif-Kommission einen Platz zu erobern, um dort eingehend die berechtigten Forderungen des Reichslandes zu vertreten. Es scheine aber, als ob die Ansicht vorhanden sei, das bisherige System der Zurücksetzung der reichsländischen Interessen auch für die Zukunft beizubehalten.

Abg. Dr. Braun (Glogau) protestirt gegen die Annahme des Vorredners, daß die Reichsländer als Parias behandelt würden. Gerade das Reichsland habe dem Reichstage schon mehr Mühe und Arbeit gemacht, als irgend ein anderes deutsches Territorium. Wenn dann Herr Abg. Schröder sagte, wir sind ein Agrarstaat, so erinnere ich daran, daß wir bekanntlich nicht soviel Getreide produziren als wir brauchen (Widerspruch rechts) — ja, das ist sicher, und darum erscheint mir der Ausdruck agrarisch sehr bedenklich. Wenn Herr Tiedemann es unbegreiflich findet, daß wir die Motive nicht begreifen, so finde ich meinerseits das unbegreiflich; aber Herr Tiedemann befand sich dabei in einem circulus vitiosus bei der Unterscheidung zwischen der Bedarfs- und der Spekulations-Zufuhr. Wenn auf die hunderttausende von Centnern Getreide hingewiesen ist, die angeblich irgendwo lagern sollten, so stelle ich vorläufig deren Existenz in Frage und will wissen, wer sind denn diese Hunderttausende, die Niemand bisher nachgewiesen hat. Wenn Herr Tiedemann fragt, wo das russische Getreide denn bleibe, so übersieht er dabei Irland, das nahezu den größten Abnehmer für Rußland abgiebt. Was die zahlreichen Subhastationen von Bauerngütern angeht, so befindet sich Herr Tiedemann auch hier im Irrthum. Noch falscher ist der Hinweis auf den Bauernstand im Bezirk Frankfurt a. M.; er soll mir einmal einen lebendigen Bauer in diesem Bezirk zeigen. (Heiterkeit.) Es existirt dort kein Bauernstand. Auch der Hinweis auf die Noth im Spessart ist nicht ganz richtig. Die Noth ist eine zu dichte Bevölkerung in Verbindung mit einem zu geringen Grundbesitz, Zustände, wie sie sich auch in Oberschlesien finden. Es kommt vielleicht noch übermäßiger Branntweingenuß hinzu. — Es ist vielfach das Interesse des Bauernstandes an den Getreidezöllen übertrieben worden; wir haben sehr viele Bauern, die weniger Getreide bauen, als sie selbst konsumiren, und denen ist doch mit Getreidezöllen absolut nicht gedient. Der Bauer ist der eigentliche Arbeiter, dagegen arbeitet der Großgrundbesitzer wesentlich mit dem Kapital, welch letzteres beim Bauer eine untergeordnete Bedeutung hat. Daraus folgen für den Bauer ganz andere Interessen als für den Großgrundbesitzer; gilt es doch in vielen Bauernkreisen für eine Schande, wenn Jemand auf seinem Hause eine Hypothek hat. Ich, der ich ganz Europa durchreist habe und es nicht etwa blos aus Büchern kenne, ich weiß, daß es in ganz Europa nicht einen Bauernstand giebt, der unserem deutschen überlegen wäre an Sparsamkeit, Fleiß und Intelligenz. Ich warne Sie, heute den Getreidezoll einzuführen, und wenn es auch in der Absicht wäre, ihn möglichst bald wieder aufzuheben. In einer Hungersnoth, ja selbst [illegible] jeder Knappheit des Getreides leidet unter dem Mangel Niemand mehr als der Bauer; ich weiß das, denn ich habe 1847 eine Hungersnoth mitgemacht unter den Bauern (Heiterkeit), ja ich war damals ein junger Beamter in Nassau und von geringem Umfange, wie ich denen bemerke, die da lachen. Ich warne Sie auch vor Brod- und Fleischtaxen, Sie können Lebensmittel wohl vertheuern, aber sie billiger zu machen, dazu ist die Macht des Staates nicht stark genug. Ob Getreidepreise hoch oder niedrig sind, ist gleichgültig, aber man soll sich keine volkswirthschaftlichen Sünden zu Schulden kommen lassen, um die Preise künstlich zu erhöhen. Man sagt, der Landwirthschaft wird geholfen, wenn der Handel weniger florirt. Man beginnt Handel und Schifffahrt verächtlich zu behandeln. Man wirft ihnen Egoismus vor. Aber egoistisch soll und muß doch jeder im wirthschaftlichen Leben sein, und die Landwirthschaft ist es ebenso wie der Handel. Der Reichskanzler klagt über eine allzugroße Belastung des Landes im Verhältniß zur Stadt, er klagt über die Verwaltung des Armenwesens. Aber das preußische Gesetz über den Unterstützungs-Wohnsitz ist ja gerade eine größere Last für den Städter und eine Erleichterung für den Landwirth. Man sagt, bei uns sei der Tummelplatz für fremdes Getreide; ja das wäre ein großes Glück. Man meint, wenn das Getreide theurer wäre, das Brod würde doch nicht theurer werden. Zwischen Getreide- und Brodpreisen sei kein Zusammenhang, wird behauptet, und dabei auf die Aufhebung der Mahlsteuer hingewiesen. Aber eine eingehende Arbeit von Laspeyres in Gießen weist nach, daß durch Aufhebung dieser Steuer das Brod größer geworden, und daß ohne diese Aufhebung unser Brod viel kleiner wäre. (Beifall links.)

Geh. Rath Tiedemann: Der Abg. Braun hat den Unterschied zwischen Bedarfs- und Spekulationszufuhr nicht begriffen; die erste kommt gerufen und liegt im Interesse des Inlandes, die Spekulationszufuhr kommt ungerufen und liegt im Interesse des Auslandes. Er hat ferner gemeint, ich hätte den Export von russischem Roggen nach Irland außer Betracht gelassen; ich habe ausdrücklich erwähnt, daß der gesammte russische Export nach England nur 52,000 Centner beträgt. Er hat ferner meine Zahlen betreffs der Subhastationen von Bauerngütern angefochten unter Berufung auf diejenigen Theile Deutschlands, in denen der zerstückelte Grundbesitz kaum zum landwirthschaftlichen Betriebe geeignet sei; ich habe aber nur von den altpreußischen Provinzen gesprochen, wo der Grundbesitz nicht so zerstückelt ist.

Abg. v. Mirbach: Die Landwirthschaft bringe allerdings bei den Eisenzöllen ein Opfer; der Antrag auf Erhöhung des Getreidezolles solle

das Opfer etwas leichter machen. Der Zoll werde von den Handelskonjunkturen eliminirt werden. Bei schlechter Zeit, bei Mißwachs ꝛc. sei der Zoll erst von Bedeutung, denn da habe der Landwirth den Schaden allein zu tragen, der Zoll werde den Schaden etwas erleichtern. Redner wendet sich dann gegen die Differentialtarife, die ausländische Produkte wohlfeiler fahren als inländische; es müsse umgekehrt sein. Die Landwirthschaft befinde sich, wie selbst ihre Feinde zugeben, in einem Nothstande; die von Rednern beantragten Zollsätze seien eine conditio sine qua non für sein Eingehen auf die hohen Zölle für die Eisen- und Textilindustrie. Sollte man wirklich eine Vertheuerung des Getreides befürchten, so könnte ja ein Gesetz angenommen werden, den vielleicht einer seiner Freunde beantragen werde: Stellt sich der Roggenpreis in den Haupthandelsplätzen höher als 12 Mark, so wird die Regierung ermächtigt, vom nächsten 1. Oktober ab den Zoll zu suspendiren. (Beifall rechts.)

Abg. Stelter schließt sich den Ausführungen des Abg. von Saucken gegen die Getreidezölle an. Nun hat man immer das Interesse der Seestädte als ein egoistisches hingestellt. Meine Herren! Wenn man eine Wirthschaftsreform anstrebt, dann muß man nicht damit anfangen, daß man Gewerbe und Handel, welche bestehen und sich zu nähren wissen, vernichtet. (Sehr richtig! links.) Das aber steht dem Handel unserer Seestädte unzweifelhaft bevor. Es ist ja nicht der Zoll allein, es ist der Aufenthalt an der Zollgrenze und bei der Zollabfertigung, die nothwendige Vertretung, welche die Kaufleute aus dem Binnenlande an die Grenze schicken müssen, alles dies vertheuert die Handelskosten und bildet die Hauptgefahr. Ich bitte Sie deshalb, eine sorgfältige Prüfung obwalten zu lassen und insbesondere diejenigen Anträge zu unterstützen, welche den Transithandel zu fördern beabsichtigen.

Abg. Lasker: Der Abg. von Mirbach sagte, die Landwirthschaft befinde sich, wie selbst ihre Feinde zugeben, in Noth. Es klingt durch diese Debatten, als ob die, welche gegen die Einführung eines Zolles stimmen wollen, zu den Gegnern der Landwirthschaft gehören. Aber ich und meine Freunde, wenn wir auch gegen den Zoll stimmen, haben doch ein Herz für die Beseitigung derjenigen Ueberbürdungen, welche die Gesetze der Landwirthschaft auferlegen. Ich halte aber insbesondere den Vorschlag der Getreidezölle für einen unseligen, auch im Interesse der Landwirthschaft. Dann ist in der Debatte leider das von mehreren Seiten in der General-Debatte Vorhergesagte eingetreten: es soll nicht bei diesem niedrigen Zoll bleiben, sondern man sucht ihn schon jetzt heraufzuschrauben und nimmt die auf Erhöhung desselben gerichteten Anträge und Bestrebungen für die Zukunft in Aussicht. Zweitens bedauere ich noch weit mehr die Methode, mit welcher diese Politik eingeführt wird, als vielleicht die Sache selbst. Wenn wir in der Sache uns geirrt haben werden, so werden wir nach zugefügter Beschädigung doch zu dem Rechten zurückkommen müssen, mit der Methode aber, mit welcher jetzt diese Agitation eingeleitet wird, schädigen wir das Land weit über die Tragweite dieser Frage hinaus. (Sehr wahr!) Ist es nicht jetzt schon wahr geworden, was ich befürchtend in der Generaldiskussion gesagt habe, daß der Zoll, der hier vorgeschlagen wird, hinausgeht über seine gewöhnliche Bedeutung und zu einem Krieg im bildlichen Sinne genommen zwischen den landschaftlichen Interessen und zwischen den städtischen. Meinen Sie, daß es etwa heute viele von uns mit Freude erfüllen konnte, als ein beredter Redner bereits die Linie angedeutet hat, wo eingesetzt werden soll in Zukunft, um der ländlichen Bevölkerung klar zu machen, daß der Großgrundbesitz geschieden sei von den Interessen des Kleingrundbesitzes? (Ruf: das ist er nicht!) Es wird klar gemacht werden, daß die Interessen des Großgrundbesitzes nicht identisch sind mit den Interessen des Bauern und daß Sie beim Bauern die Abstufung haben vom größeren bis zum kleineren herunter, der von den Zöllen nicht mehr so viel gewinnt, als er gewinnen muß, und der ländliche Arbeiter, der in allen Beziehungen gleichgestellt ist mit dem städtischen Arbeiter — ich sage, hier wird die Agitation in Zukunft einsetzen und Sie haben es begonnen (Ruf: der Städtetag!), die Zerrissenheiten hervorzurufen, deren Beseitigung wir ein für alle Mal gewünscht hätten. Das zweite, was ich an dieser Methode bedauere, ist, daß für den Schutzzoll für die Produkte der Landwirthschaft Argumente angeführt werden, die weit über das Maß der Wirklichkeit hinausgehen. Wir haben von dem Reichskanzler gehört, daß Deutschland jährlich 100 Millionen Ctr. Getreide mehr produzirt, als es verbrauchen kann und daß es außerdem 30 Millionen Ctr. fremdes Getreide einführt. Indessen wie ist denn diese Rechnung angelegt? Es wird theoretisch gesagt, es esse jeder Mensch $3^1/_2$ Ctr. jährlich und nicht mehr, demgemäß brauche Deutschland also nur 120 oder 140 Millionen Ctr. jährlich, weil aber Deutschland mehr produzire, müsse folglich das übrige Getreide sich müßig in Deutschland herumtreiben und das deutsche Volk mache sich außerdem das Vergnügen, dazu noch 30 müßige Millionen Ctr. nach Deutschland hineinzubringen und kein Korn davon auszuführen. Wenn einer der wirklichen Theoretiker, der sogenannten Gelehrten, einen solchen Satz ausgesprochen hätte, das Gelächter des ganzen Hauses würde ihm geantwortet haben. (Widerspruch rechts. Sehr wahr! links). Ich weiß nur, daß die nothwendigsten Lebensmittel eine Belastung erhalten sollen, und ich halte diese Maßregel für keine gute. Wenn es wirklich wahr ist, daß durch neue Tarifeinnahmen eine bestimmte Belastung des Grundbesitzes abgeschafft werden muß, wie können Sie dazu diese Belastung des Konsumenten, dieses von dem ärmsten Mann aufgebrachte Geld dazu benutzen? Wie können Sie dem armen Mann seinen Pfennig abnehmen (Sehr richtig! Beifall links), um mit diesen gesammelten Pfennigen den Besitzern die Lasten abzunehmen? Dies ist es, was uns dringend, nicht etwa im Gegensatz zur Landwirthschaft, veranlaßt, noch in der letzten Minute dies zu erwägen und wenigstens das aus dem Tarif zu streichen, was meiner Meinung nach nur eine Quelle der Unzufriedenheit sein wird. Am Tiefsten aber bedauere ich, daß die mächtigste Rede, die gehalten worden ist, mit einem Appell an die Landwirthschaft geschlossen hat, um ihr zum Bewußtsein zu bringen, welch ungemein schwere Ueberbürdung sie zu tragen habe. Der Reichskanzler ist ein so gewiegter Politiker, er hat sich bereits eine solche Macht und ein solches Ansehen in Deutschland erworben, daß er, was er heute behauptet hat, in den nächsten Wochen wieder völlig fallen lassen kann. Aber wenn der Reichskanzler bis in die tiefsten Schichten das Wort hineingetragen hat, welches ihm nachgesprochen wird, ohne daß seine Zahlen nachgerechnet werden, es sei die Landwirthschaft furchtbar schwer überbürdet, meinen Sie, daß das so schnell aus dem Herzen des Volkes wieder herauskommen wird? Von uns dürfen sie überzeugt sein, was wir unsererseits werden thun können, um den so begonnenen Schaden wieder zu beseitigen und den Frieden wieder herbeizuführen, das werden wir thun; aber gestatten Sie auch, daß wir in der letzten Minute vor der Entscheidung bitten; wehren Sie ab, damit nicht geschehe, was aus unserem Volksleben herausgeschafft werden muß und was, wenn es auch herausgeschafft wird, nicht ohne sehr schweren Schaden und Unfrieden für die nächste Zeit gänzlich wieder beseitigt werden kann. (Beifall links.)

In namentlicher Abstimmug wird darauf der Antrag v. Mirbach-Günther, den Eingangszoll auf Roggen von 50 Pf.!, wie die Regierungsvorlage vorschlägt, auf 1 M. pr. Klgr. zu erhöhen, also dem auf Weizen gleichzustellen, mit 173 gegen 161 Stimmen abgelehnt.

Das Centrum stimmt getheilt: Windthorst, beide Reichensperger stimmen mit Nein, v. Franckenstein und fast sämmtliche Baiern mit Ja. Ferner stimmten u. A. gegen den Antrag: Falk und Friedenthal; für denselben Braun (Gersfeld), v. Wedell (Malchow), v. Minnigerode, beide Fürsten Hohenlohe, v. Varnbüler.

Darauf wird die Regierungsvorlage: „Position 9a: Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte, sowie nicht besonders genannte Getreidearten 1 M., und Pos. 9b: Roggen, Gerste, Mais und Buchweizen 0,50 M. pro 100 Kilogr.“ mit 226 gegen 109 Stimmen angenommen.

Fürst zu Carolath enthält sich der Abstimmung.

Die Zusammensetzung der Majorität und Minorität entspricht ziemlich genau der Abstimmung über den Roheisenzoll.

Die Freunde des Antrages Mirbach stimmen auch für die Regierungsvorlage, außerdem noch u. A. Berger, v. Bernuth, Löwe (Bochum), v. Bockum-Dolffs, von Bennigsen, von Benda, Hammacher, Gneist, von Hoelder, Mosle, Völk, Bauer (Hamburg), Zinn.

Schluß 6 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Wahl des ersten Vicepräsidenten, kleinere Vorlagen und Zolltarif.

Provinzielles.

Stettin, 24. Mai. Am 13. August gelegentlich der Stichwahl zum Reichstage zwischen den Herren Dr. Delbrück und Th. Schmidt spielten sich in dem Wahllokal in der Bürgerressource (Kronenhof) einige Excesse ab, welche mehrere der Betheiligten heute auf die Anklagebank brachten. Das Wahllokal daselbst unterschied sich an diesem Tage von allen andern dadurch, daß man zu demselben nur durch das Ausschauklokal des dortigen Restaurateurs gelangen konnte. Wir wissen nicht, war es dieser Umstand oder der unverhältnißmäßige Durst der Bewohner gerade dieses Bezirkes; aber man sprach daselbst dem Bier etwas stark und von einigen Seiten vielleicht etwas zu stark zu. Es entstand daraus allmälig ein Zustand, den ein heutiger Zeuge, Herr Maurermeister Urban, mit den drastischen Worten charakterisirte: „Bezecht waren Alle.“ So angenehm das nun auch sein mag, so pflegt eine solche Stimmung doch nicht gerade die für Aufrechterhaltung der Ordnung günstigste zu sein, zumal wenn schon überdies die Hitze der Wahlschlacht leicht einige Reibereien mit herbeizuführen pflegt. Da sich schon mehrfach Streit und Lärm erhoben, so schickte der Wirth, Herr Baatz, nach dem nächsten Polizeibureau und ließ zur Aufrechterhaltung der Ordnung um einen Beamten bitten. In Folge dessen begab sich der Schutzmann Köhnemann auch dahin, fand aber bei seinem Eintreffen alles ruhig, bis kaum, daß er sich niedergelassen, wiederum ein neuer Zank und Streit entstand. Als er sich dorthin begab, um einzuschreiten, wurde er von vielen der Anwesenden umdrängt, behindert und mit Beleidigungen empfangen. In Folge dessen waren heute die Herren Zimmermeister Gerloff, Bauunternehmer Waldmann, Rentier Karck und Badeanstaltbesitzer Kroll wegen Beamtenbeleidigung angeklagt. Der Belastungszeuge, Herr Schutzmann Köhnemann, erzählt nochmals den Hergang der Sache und bekundet im Einzelnen, daß Herr Gerloff zu ihm gesagt: „Sie sind ein ganz .... Schutzmann, Sie und Ihr Präsident und die Regierung wählen Delbrück und deshalb haben wir keinen Beistand;“ Herr Waldmann habe sich sogar noch drastischer geäußert: „Sie haben hier einen Sch— zu sagen“. Herr Karck habe gesagt: „Machen Sie, daß Sie fortkommen, scheeren Sie sich hinaus und protokolliren Sie da.“ Herr Kroll habe sich ebenfalls des Ausdrucks bedient „Scheeren Sie sich hinaus!“ und beide letzteren Herren trotz der Oeffentlichkeit des Wahllokals sich noch etwas Besonderes darauf zu gute gethan, daß sie Mitglieder der Bürger-Ressource seien und daher dort gleichsam wie zu Hause etwas zu sagen hätten. Die Angeklagten bestreiten sämmtlich, diese beleidigenden Aeußerungen gethan zu haben, nur Herr Gerloff gesteht zu, den Ausdruck „trauriger Schutzmann“, aber nur hypothetisch gebraucht zu haben. Herr Karck findet, daß der Ausdruck „Scheeren Sie sich hinaus“ nur ein Polizeiausdruck und weder bei ihm noch bei einem der Mitangeklagten in Gebrauch sei. Von den aufgerufenen Zeugen wissen die Herren Schulz und Köhne überhaupt nichts Näheres zu sagen, die Herren haben sich, als der Lärm größer wurde, entfernt. Die übrigen Zeugen, die Herren Kaufmann Eilert, Kaufmann Koop, Maurermeister Decker, Maurermeister Valentin und der bereits erwähnte Herr Urban (so viel wir wissen, übrigens sämmtlich der politischen Partei der Angeklagten angehörend), können ebenfalls nichts Bestimmtes darüber aussagen. Dieselben bestreiten nur, die angeführten Aeußerungen gehört zu haben. Ziemlich einstimmig bekunden sie, daß ein größerer Tumult gewesen, und es daher sehr schwer gewesen sei, alles zu verstehen und zu konstatiren, von wem die Aeußerungen ausgegangen. Herr Schutzmann Köhnemann stellt noch die Frage, warum die von ihm genannten zahlreichen Belastungszeugen nicht gleichfalls vorgeladen seien. Der Vorsitzende des Gerichtshofes, Herr Kreisgerichtsrath von Schlichting, bemerkt, daß dieselben in der ihm zugegangenen Anklage leider nicht aufgeführt seien. Nachdem so die Beweisaufnahme geschlossen, erklärt der Staatsanwalt die Sache für nicht genügend aufgeklärt, während der Vertheidiger, Herr Justizrath Wendtlandt, auf Freisprechung anträgt. Nach längerer Berathung beschließt der Gerichtshof, die Herren Waldmann, Karck und Kroll dem entsprechend freizusprechen, indem, wie der Vorsitzende in den Motiven ausführt, der Gerichtshof zwar nicht bezweifelt, daß die angeführten Aeußerungen gefallen, aber es doch nicht für feststehend erachtet, daß sie gerade von den Angeklagten gethan seien. Herr Zimmermeister Gerloff habe dagegen selbst den Gebrauch des Ausdruckes „trauriger Schutzmann“ zugestanden und wird daher wegen Beamten-Beleidigung zu zehn Mark Geldbuße eventuell einen Tag Haft verurtheilt, auch dem Schutzmann Köhnemann das Recht, den Tenor des Urtheils zu veröffentlichen, zugesprochen. Als Milderungsgrund wurde die bei der Wahl leicht erklärliche aufgeregte Stimmung des Angeklagten angesehen.

— Der Kreisrichter Rudolf Martin Oskar Glasewald in Swinemünde ist zum Konsistorial-Assessor ernannt und dem Königlichen Konsistorium der Provinz Brandenburg überwiesen worden.

— Am Donnerstag Abend nach 8 Uhr begab sich der Arbeiter Ullrich von Stettin aus nach seiner in Grabow belegenen Wohnung; in der Gegend von Töpffer's Park traten ihm zwei Männer mit der Frage entgegen, wie spät es sei. Als er nach der Uhr sehen wollte, wurde ihm plötzlich von einem der Männer der Arm festgehalten, während der andere nach der Uhr griff, dieselbe abriß und damit entfloh. Leider gelang es nicht, die frechen Kerls festzunehmen.

— Dem Arbeiter August Spoth in Neu-Torney, Krekowerstraße 7, wohnhaft, wurden am Mittwoch aus einem Wäschespinde eine goldene Broche, ein Paar silberne Ohrringe, ein goldener Trauring und eine Haarschnur mit goldenem Schlüssel und Medaillon im Gesammtwerthe von 31 Mark und 11 Mark in Markstücken gestohlen.

— Gestern Morgen wurde auf dem Rosengarten ein $4^1/_2$jähriges Mädchen angetroffen, welches sich verlaufen hatte, weder Namen noch Wohnung der Eltern angeben konnte und deshalb nach dem Kinderpensionat gebracht wurde.

— Dem Fuhrherrn Schröder wurden am am 18. d. M. aus unverschlossener Küche seiner Wohnung, Magazinstraße 1, eine kupferne Kasserolle, eine Kaffeemühle und eine Flasche mit Kaffeebohnen gestohlen.

Stralsund, 23. Mai. Der pommersche Forst-Verein wird seine diesjährige Versammlung in den Tagen vom 24. bis 26. Juni zu Stubbenkammer abhalten. Es wird für das Unterkommen der Theilnehmer in Stubbenkammer und Saßnitz Sorge getragen werden, doch ist es wünschenswerth, daß die Theilnahme an der Versammlung bis zum 15. Juni bei dem Herrn Oberförster Pavelt zu Werder bei Saßnitz angemeldet werde.

Greifswald, 22. Mai. Dem Justizrath v. Vahl hierselbst, welcher mit der Reorganisation der hierorts noch bestehenden Kaufmanns-Kompagnie-Kassen und der Ausarbeitung der neuen Statuten für die neu errichtete Wittwen- und Waisen-Kasse der Kompagnie betraut gewesen, ist in Anerkennung seiner hierbei geleisteten wichtigen Dienste, und da derselbe ein ihm angetragenes Honorar hierfür abgelehnt hat, von dem Vorstande der Kaufmanns-Kompagnie ein prachtvoller, massiv silberner Tafelaufsatz dedicirt worden.

Eventin, 20. Mai. (Obstbaumzucht.) Es gab eine Zeit, in welcher die Obstbaumzucht in vielen Dörfern des Rügenwalder Amtes in hohen Ehren stand. Einige Dörfer hatten sich sogar einen Namen gemacht. Das schöne Dorf Göritz wurde allgemein mit dem Namen „Apfelgöritz“ gekennzeichnet. Auch die vielen bemoosten Baumgreise geben ein beredtes Zeugniß davon, daß dieser Kulturzweig in der Jetztzeit sehr im Argen liegt. Ehemals pflanzte man vom Neu- bis zum Vollmonde, damit die Pflänzlinge mit dem Monde zunähmen, und reinigte sie vom Ungeziefer im abnehmenden Monde, damit dieser schädlichen Einflüsse weniger würden. „Man soll Bäume säubern im September im abnehmenden Monde“, heißt es in alten Anweisungen. — Auch beobachtete man beim Pflanzen die himmlischen Zeichen, da man allgemein glaubte, daß „ein Baum, im Zeichen des Krebses gepflanzt, brandig werde und den Krebs bekomme.“ Die Wahl der Tage, Zeiten und Werkzeuge beim Baumpflanzen ist heut eben so wichtig, als ehedem, nur geschehe dies ohne abergläubige Beimischung. Ein Haupterforderniß beim Baumschnitt ist ein haarscharfes Messer, um Krankheiten zu verhüten. Viele Fürsten haben sich große Mühe gegeben, um die Obstbaumzucht überall zu verbreiten. Auch deutsche Fürsten beförderten den Obstbau und nahmen Antheil daran. Kurfürst Friedrich August von Sachsen schrieb ein Buch über Obstbaumzucht und pflanzte Obstkerne, oder theilte solche zur Aussaat aus. Er, wie auch Friedrich Wilhelm der Große von Brandenburg, verordnete, daß jedes neue Ehepaar mehrere junge Obstbäume pflanzen mußte. Gewiß rühren noch mehrere unserer Baumgreise aus jenen Zeiten her. Jetzt ist es in den meisten Dörfern mit der Obstbaumzucht sehr mangelhaft. Ist denn jetzt das Obst weniger geachtet als ehedem? Mit nichten; denn es geht heut viel Geld dafür nach außerhalb. Früher war es schwer, gute Fruchtsorten zu beschaffen und man mußte sich mit Obstsorten von geringem Werthe, oft mit wilden Birnen und Holzäpfeln begnügen. Jetzt sorgt der Staat dafür, daß gute Obstsorten verbreitet werden, indem durch die Königliche Landesbaumschule zu Sanssouci billig, oft unentgeltlich Edelreiser verabreicht werden. Unter diesen Umständen, sollte man meinen, müsse dem Obstbau Alles und namentlich der Landmann zugethan sein und unsere Dörfer müßten Zeugniß geben, daß man begriffen habe das Sprüchlein: „Im schlechtesten Raum, pflanz' einen Baum, und pflege sein, er bringt dir's ein.“ — Der Grund dieser Vernachlässigung liegt hauptsächlich darin, daß man in der Jetztzeit nur ernten will, ohne gesäet zu haben; daraus wird erklärlich, warum ein Kulturzweig, der schon zu den alten Zeiten so hoch geachtet war und großen Nutzen gewährte, jetzt so vernachlässigt wird.

Vermischtes.

— Des berühmten Barnums Menagerie befand sich zu Anfang dieses Monats in dem Städtchen Parling im Staate New-York. Tausende von Landbewohnern waren herbeigeeilt, die Thiere zu sehen. Während die reißenden Thiere in stark verwahrten Käfigen gehalten wurden, spazierten, wie auch an anderen Orten, die harmloseren Elephanten und Kameele frei in der Arena umher. Plötzlich — aus welchem Grunde ist nicht ersichtlich — geriethen der Elephant Bolivar und ein Kameel in heftigen Kampf. Der Elephant war das Karnickel, er hatte angefangen. Mit seinem Rüssel holte er aus, den gehöckerten Wiederkäuer zu zermalmen. Aber das Kameel war schneller. Mit seinem Gebiß ergriff es den Rüssel des gewaltigen Gegners und bohrte seine scharfen Zähne so tief hinein, daß „Bolivar“ vor Schmerzen brüllte. Es gelang ihm nicht, das Kameel von sich abzuschütteln, und als auch den vereinten Anstrengungen der Wärter es nicht gelingen wollte, Bolivar zu befreien, blieb ihnen nichts übrig, als den tapferen Sieger in diesem merkwürdigen Kampfe zu erdrosseln. Der Elephant befindet sich in ärztlicher Behandlung, man hofft ihn erhalten zu können. Das Publikum flüchtete sich beim Beginn des Kampfes von panischem Schrecken ergriffen in's Freie. Die dabei vorgekommenen Verletzungen einiger Zuschauer waren nicht schwer.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 23. Mai. Der Fürst von Bulgarien empfing heute den Orientreisenden Kanitz und lud denselben, wie die „Politische Korrespondenz“ meldet, zu einem Besuche in Sofia ein. Der Fürst begiebt sich heute Abend von hier zunächst nach Dresden.

Wien, 23. Mai. Die „Politische Korresp.“ meldet:

Aus Philippopel: Seit dem 21. d. M. sind zum Zeichen, daß das russische Gouvernement seine Funktionen eingestellt habe, auf allen öffentlichen Gebäuden die russischen Fahnen eingezogen.

Aus Bukarest: Die neugewählte Deputirtenkammer wird annähernd aus 98 Liberalen und Gouvernementalen, 16 gemäßigt Liberalen, 3 Liberalen, welche der Gruppe Vernescu angehören, 16 Konservativen oder Mitgliedern der oppositionellen Partei und 3 keiner bestimmten Partei angehörigen Mitgliedern bestehen.

Aus Konstantinopel: Der Pforte sind wegen gewaltsamer Einreihung der muselmännischen Bevölkerung Ostrumeliens in die ostrumelische Miliz Beschwerden zugegangen; viele Muselmänner wandern in Folge dessen neuerdings aus Ostrumelien nach Rumelien aus. Der türkische Ministerrath hat dem Sultan das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz zur Genehmigung vorgelegt.

Wien, 23. Mai. Der Kaiser empfing heute Mittag den Fürsten von Bulgarien, welcher hierauf eine $2^1/_2$ Stunden dauernde Konferenz mit dem Grafen Andrassy hatte.

Die vom 24. d. M. datirte „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein vom Gesammtministerium unterzeichnetes kaiserliches Patent vom 22. d. Mts., durch welches das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes aufgelöst und die sofortige Einleitung und Durchführung von allgemeinen Neuwahlen für dasselbe angeordnet wird.